

## **Antwort der Bürgerschaftsfraktion der SPD auf Anträge 2, 5, 9, 10, 11, 12, 13, 16, 17**

Stellungnahme der SPD-Bürgerschaftsfraktion zu den Beschlüssen der Delegiertenversammlung vom 23.04.2022 des Landesfrauenrat Bremen-Bremer Frauenausschuss e.V.

### **Antrag 2: Umfassendes Konzept für den Zivilschutz im Land Bremen**

Der Katastrophenschutz im Land Bremen ist aktuell im Prozess der Weiterentwicklung. Insbesondere auch vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine soll der Zivilschutz dabei besondere Beachtung finden. Wir teilen Ihre Auffassung, dass der Schutz von Frauen und besonders vulnerablen Gruppen darin ein herausgehobener Bestandteil sein muss.

### **Antrag 5: Vereinbarkeit Beruf, Familie und Privatleben in Bremer Ressorts und Eigenbetrieben**

Eine geschlechtergerechte und familienfreundliche Arbeitswelt ist das erklärte Ziel der Bremer Sozialdemokratie, wofür wir uns als SPD-Bürgerschaftsfraktion kontinuierlich einsetzen. Klar ist, der öffentliche Sektor muss bei der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben eine Vorreiterrolle einnehmen. Die jüngst auf Initiative unseres koalitionären Antrags (Drs. 20/707) im Senat beschlossene Landesstrategie für Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit sehen wir als wichtigen Schritt in diese Richtung.

Die Umsetzung der geplanten Maßnahmen muss jetzt konsequent erfolgen.

Das werden wir als SPD-Bürgerschaftsfraktion unterstützend begleiten.

Das darüber hinaus gehenden Anliegen einer Auditierung aller senatorischen Dienststellen, der Eigenbetriebe und Mehrheitsgesellschaften als familienfreundlicher Betrieb teilen wir.

Eine solche Forderung findet sich daher im Entwurf des Zukunftsprogramms 2023-2027 der SPD Land Bremen.

### **Antrag 9: Innerbetriebliche Beschwerdestellen (IBS) im Öffentlichen Dienst, Beteiligungsgesellschaften und privaten Betrieben überprüfen, umsetzen und ggf. sanktionieren**

Betroffene von Diskriminierung und Belästigung am Arbeitsplatz in ihren Rechten zu stärken, ist der SPD-Bürgerschaftsfraktion ein sehr wichtiges Anliegen. Daher haben wir die Umsetzung des AGG im Land Bremen, einschließlich innerbetrieblicher Beschwerdestellen und des Abbaus möglicher Schutz- und Beratungslücken direkt zu Beginn der Legislaturperiode im Rahmen unseres Antrags Landesaktionsplan gegen Rassismus erstellen (Drs. 20/527) mit Nachdruck gefordert. Nach corona-bedingten Verzögerungen soll die Erarbeitung des LAP im kommenden Jahr in einem umfangreichen Beteiligungsprozess fertiggestellt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stärkung von IBS wie gefordert als ein zentrales Element in den LAP aufgenommen wird. Gleichzeitig prüfen wir weitere parlamentarische Schritte im Sinne einer Stärkung von IBS im Land Bremen.

### **Antrag 10: Umsetzung der Istanbul Konvention finanziell ermöglichen**

Zunächst freuen wir uns sehr, den Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Mai dieses Jahres nach einem umfangreichen Beteiligungsprozess – auch mit Ihrer Mitarbeit – erfolgreich beschlossen zu haben. Damit haben wir eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern eingenommen und viel Lob erfahren. Natürlich war das nur der erste Schritt. Jetzt gilt es den umfangreichen Schutz von Mädchen und Frauen konsequent umzusetzen. Als SPD-Bürgerschaftsfraktion werden wir uns weiterhin mit Nachdruck für die Ausfinanzierung und Umsetzung der geplanten Maßnahmen

einsetzen. Das halten wir auch im Entwurf des Zukunftsprogramms 2023-2027 der SPD Land Bremen fest.

### **Antrag 11: Hebammenversorgung im Land Bremen**

Durch die Umstellung der Hebammenausbildung auf eine Hochschulausbildung zieht Deutschland mit den anderen europäischen Ländern gleich, der Beruf wird attraktiver und besser bezahlt. In Bremen können wir auf berufserfahrene Hebammen nicht verzichten und müssen gleichzeitig dafür sorgen, die Attraktivität der Arbeit vor Ort für Hebammen, die hier studieren und ausgebildet werden, zu verbessern. Der geplante Aufbau von weiteren Hebammenzentren in unseren Quartieren kann hierbei ein wichtiger Baustein sein. Denn hier arbeiten die Hebammen als Team, was eine zuverlässige Einsatzplanung ermöglicht. Die Versorgung nur eines Quartiers bedeutet darüber hinaus kürzere Wegzeiten und erlaubt mehr Betreuungskapazitäten. Schließlich übernimmt eine Verwaltungskraft viel organisatorische Arbeit, wodurch sich die Hebammen ganz auf ihre eigentliche Tätigkeit fokussieren können.

### **Antrag 12: Gewaltpräventionskurse in Kindergärten**

Für Gewaltprävention ist aus Sicht der SPD-Bürgerschaftsfraktion das Einrichtungskonzept der Kitas entscheidend und wie im Kindergartenalltag mit Kindern gemeinsam Regeln erarbeitet und partizipative Prozesse gestaltet werden. Den Rahmen hierfür bilden u.a. das SGB VIII sowie landesgesetzliche Regelungen der Grundlage zur Förderung von Kindern in der Kindertagesbetreuung, die Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Kindertageseinrichtungen wie die Qualitätsvereinbarung mit Trägern der Kindertagesbetreuung in Bremen, der Gemeinsame Handlungsrahmen Kinderwohlgefährdung, der Bremer Rahmenplan für Bildung und Erziehung (in Überarbeitung) und die Pädagogischen Leitideen für den Bildungsplan 0 bis 10 Jahre. Kindertageseinrichtungen erhalten nur dann eine Betriebserlaubnis vom Landesjugendamt, „wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist. Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn [...] zur Sicherung der Rechte und des Wohls von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung die Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Konzepts zum Schutz vor Gewalt, geeignete Verfahren der Selbstvertretung und Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten innerhalb und außerhalb der Einrichtung gewährleistet werden.“ (§ 45 II Nummer 4 SGB VIII). Für Fachkräfte sind entsprechende Fortbildungen zum Kinderschutz verpflichtend.

### **Antrag 13: Versorgung für sichere Schwangerschaftsabbrüche**

Es ist unserer Fraktion ein zentrales Anliegen, im Sinne der Förderung des Selbstbestimmungsrechts von Schwangeren und der Sicherstellung ihrer bestmöglichen medizinischen Versorgung auf eine flächendeckende Versorgung für sichere Schwangerschaftsabbrüche hinzuwirken. Wir beraten derzeit mit unseren Koalitionspartnern eine parlamentarische Initiative, die zum einen auf eine zuverlässige Verfügbarkeit von ausreichend Einrichtungen und Ärzt:innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen und zum anderen auf die Stärkung der Wahlmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Methoden zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs abzielt.

### **Antrag 16: Wissenschaftsetat**

Der Wissenschaftsplan 2025 sieht eine deutliche Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen vor, um den Anschluss an die Ausstattungen der anderen Bundesländer herzustellen und die

Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Hochschulen nicht zu gefährden.

Der im Wissenschaftsplan vorgesehene Finanzrahmen konnte angesichts der begrenzten finanziellen Rahmenbedingungen allerdings bisher noch nicht vollständig zur Verfügung gestellt werden, mit den beschlossenen Mittelaufwüchsen aber immerhin ein Einstieg in die Umsetzung erfolgen.

Weitere Verzögerungen in der Umsetzung des WP 2025 wurden durch die Corona-Pandemie bedingt, deren Auswirkungen es auch notwendig machten, zusätzliche oder zunächst als nachrangig betrachtete Maßnahmen einzuleiten etwa im Bereich der Digitalisierung, für die im Rahmen des Bremen-Fonds Mittel bereitgestellt wurden. Im WP 2025 ist auch die „Bremer Genderoffensive Hochschulen“ festgeschrieben, deren offizielle Auftaktveranstaltung kürzlich – im November 2022 – erfolgte. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird sich weiter intensiv dafür einsetzen, dass die Ziele des WP 2025 umgesetzt werden.

### **Antrag 17: Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten familienfreundlicherer Besteuerungsmodelle**

Wir teilen dieses Anliegen uneingeschränkt, festgehalten auch in unserem Koalitionsvertrag: „Das Ehegattensplitting ist nicht mehr zeitgemäß. [...] Bremen wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Ehegattensplitting abgeschafft wird. Wir wollen Kinder stärker fördern, unabhängig von der Familienform, in der sie leben.“ Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern werden wir zeitnah einen entsprechenden Antrag in die Bremer Bürgerschaft einbringen. Unsere Beratungen hierzu sind in den letzten Zügen.